

504/A(E) XXI.GP  
Eingelangt am: 26.09.2001

### **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Heidrun Silhavy, Riepl, Gabriele Heinisch - Hosek  
und GenossInnen  
betreffend Sofortmaßnahmen für die Verbesserung der Lehrlingsausbildung

Die Bundesregierung schiebt die Verantwortung für den extremen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf das abgeschwächte Wirtschaftswachstum (BM Bartenstein Meldung Nr. 96 OTS WI vom 2001 - 09 - 04 12:00:02).

Es gibt deutlich mehr Arbeitsuchende als im Vorjahr und nur mehr ein schwaches Beschäftigungswachstum am heimischen Arbeitsmarkt im August. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs im Vorjahresvergleich um 15.314 oder um 9,8 Prozent auf 173.313.

Am Lehrstellenmarkt ist die Zahl der Lehrstellensuchenden auf 10.500 Jugendliche gestiegen, dem stehen 5.400 offene Lehrstellen gegenüber.

Hier sind aber die Jugendlichen, die sich in Überbrückungsmaßnahmen befinden, aber natürlich auch weiter auf der Suche nach einer Lehrstelle sind, noch gar nicht mitgerechnet.

Werden die rund 3.000 Jugendlichen in Überbrückungsmaßnahmen und jugendliche ArbeitslosengeldbezieherInnen hinzugerechnet, dann sind derzeit über 13.000 Jugendliche für das laufende Ausbildungsjahr ohne Lehrplatz. Nach den derzeit vorhandenen Zahlen werden daher zumindest 4.000 Ausbildungsplätze benötigt.

Das Jugendausbildungs - Sicherungsgesetz wurde nur befristet in Kraft gesetzt und sieht Ausbildungsprojekte für Jugendliche des Schulentlassjahrganges 2000 vor.

Für den Schulentlassjahrgang 2001 sind aber noch keine Maßnahmen vorgesehen, um lehrstellensuchende Jugendliche mit den notwendigen Ausbildungsplätzen zu versorgen.

Für Jugendliche müssen daher - sofern sie keine Lehrstellen bekommen - weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden, die ihnen eine anrechenbare Berufsausbildung nach den Bestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes (13AG) bzw des Jugendausbildungs - Sicherungsgesetzes (JASG) ermöglichen.

Die Wirtschaft klagt über einen Mangel an Fachkräften vor allem für Information und Telekommunikation. Allein deshalb müssen Wirtschaft und Regierung zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

Die Arbeitslosenzahlen explodieren und was tut diese Regierung, anstatt Arbeitslosigkeit zu bekämpfen machen sie Politik gegen arbeitslose Menschen.

BM Haupt verlangt im „Kurier“ von 6. September dJ: „Wer nicht arbeiten will, wird sich die Frage stellen müssen, ob in einer Gesellschaft, in der genügend Arbeit vorhanden ist, mehr herauschaut als die Mindestversorgung“. Vor allem geht es ihm um Notstandshilfebezieher, die er „wieder berufsfähig“ machen will. Als Mittel schweben ihm u.a. gemeinnützige Tätigkeiten oder Qualifizierungsprogramme vor.

BM Haupt stempelt damit arbeitslose Menschen wieder einmal zu Sündenböcken für die schlechte Konjunktur ab. Er holt alte Hüte aus der freiheitlichen Mottenkiste um auf dem Rücken arbeitsloser Menschen Politik zu machen.

In den letzten Jahren haben wir SozialdemokratInnen sehr viel Kraft und Energie und auch Geld aufgewendet, um das Angebot für alle Jugendlichen auf einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildung sicherzustellen. Die Auffangnetze waren ein gemeinsames Ergebnis mit den Arbeiterkammern, den Gewerkschaften und den Länder.

Es war der richtige Weg, denn wir haben erreicht, dass wir weltweit die niedrigste Jugendarbeitslosenrate haben. Die guten, hocheffizienten Stiftungsmaßnahmen wurden von dieser Regierung in Frage gestellt und nicht mehr verlängert. Daher hat es die schwarz - blaue Regierung zu verantworten, wenn heuer Tausende junge Menschen keinen Lehrplatz finden werden.

Insbesondere lernschwachen Jugendlichen bleibt somit nur mehr der Weg in die Ausbildung zweiter Klasse die Vorlehre, die noch dazu einmalig im Arbeitsrecht eine sechs monatige Probezeit hat und nur teilweise auf die Lehrzeit angerechnet wird.

Diese Regierung will die Arbeitslosigkeit und das AMS privatisieren sie wollen die Arbeitslosenversicherung und den Arbeitsmarkt finanziell aushungern, um dann den Arbeitslosenversicherungsbeitrag für Unternehmer einseitig zu senken. Damit fehlen die nötigen Mittel, um eine erfolgreiche sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik fortzuführen.

Wir fordern daher eine Abkehr von diesem Weg. Zur erfolgreichen Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt ist es erforderlich die dauerhafte Schaffung von Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen zu ermöglichen und die Erhaltung und Förderung der Qualität der dualen Ausbildung sicherzustellen. Anstelle einer Senkung der Beiträge zum Insolvenzausfallgeld - fonds zugunsten der Unternehmer sollen diese Mittel für die dauerhafte Finanzierung dieser Maßnahmen - ohne Anhebung der Lohnnebenkosten - verwendet werden.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird aufgefordert sofort Verhandlungen mit den Sozialpartnern mit dem Ziel aufzunehmen, dem Nationalrat bis zum Jahresende 2001 eine Regierungsvorlage zuzuleiten die eine Reform des Berufsausbildungsgesetzes vorsieht  
Folgende Punkte müssen enthalten sein:

1. Es muss insbesondere dem Anliegen der dauerhaften Schaffung von Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen und der Erhaltung und Förderung der Qualität der dualen Ausbildung Rechnung getragen werden.
2. Die Qualität der dualen Ausbildung soll insbesondere durch Ausbildungsverbund - maßnahmen durch Aus - und Weiterbildung der Ausbilder und durch alternative Ausbildungsmodelle erhalten und weiter ausgebaut werden.
3. Für eine dauerhafte Finanzierung dieser Maßnahmen ohne Anhebung der Lohnnebenkosten sollen die Beiträge zum Insolvenzausfallgeldfonds herangezogen werden (keine Senkung der Beiträge zugunsten der Arbeitgeber)."

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Arbeit und Soziales